

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2017 / 2018

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11189

Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 19.06.2018

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zur beiliegenden Bekanntgabe

Anlass	Das Referat für Arbeit und Wirtschaft berichtet dem Stadtrat in regelmäßigen Abständen über die Aktivitäten der städtischen Dienststellen im Städtenetzwerk EUROCITIES.
Inhalt	In der Vorlage wird ein Überblick über das Engagement der städtischen Dienststellen im EUROCITIES-Netzwerk 2017 gegeben. Im Anschluss daran steht ein Ausblick auf 2018.
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	-/-
Gesucht werden kann im RIS auch nach	Europa, EUROCITIES, Städtenetzwerk, Urbane Agenda, Cities4Europe, Shared Economy
Ortsangabe	-/-

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2017 / 2018

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11189

Vorblatt zur Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 19.06.2018

Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	
1. Einleitung	1
2. Allgemeines	1
2.1 Mitwirkung der Stadt an EUROCITIES-Stellungnahmen	4
2.2 Mitarbeit in EUROCITIES-Foren und Arbeitsgruppen	5
2.3 EUROCITIES Jahreskonferenz 2017 in Ljubljana	16
3. Ausblick für 2018	18
II. Bekanntgegeben	19

Überblick über die städtischen EUROCITIES-Aktivitäten 2017 / 2018

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 11189

4 Anlagen

**Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am
19.06.2018**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

1. Einleitung

Seit 1992 ist die Landeshauptstadt Mitglied im europäischen Städtenetzwerk EUROCI-
TIES mit über 130 Mitgliedsstädten in 36 Ländern. Eine Übersicht über die EUROCITIES-
Mitglieder gibt Anlage 1. München nutzt das europäische Netzwerk der großen Städte, um
städtische Positionen in den europäischen Politikprozess einfließen zu lassen. Hier er-
weist sich der gute und direkte Draht des Netzwerkes zu Vertretern der Europäischen
Kommission und des Europäischen Parlaments als außerordentlich hilfreich.

Im Rahmen der von der Europäischen Kommission und unter Mitwirkung der Städte ent-
wickelten Strategie „Urbane Agenda“ setzt sich EUROCITIES dafür ein, den Städten eine
stärkere Mitwirkungsfunktion als bislang zu geben.

Neben der Vertretung der kommunalen Interessen informiert EUROCITIES seine Mitglie-
der über aktuelle Entwicklungen der europäischen Gesetzgebung und über politische In-
itiativen der europäischen Organe mit Relevanz für die Kommunen. Es bietet ferner eine
Plattform zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch und erarbeitet mit den Städten ge-
meinsam die strategischen und politischen Forderungen. Die Mitgliedschaft der Landes-
hauptstadt München wird durch das Referat für Arbeit und Wirtschaft betreut. An den ver-
schiedenen Foren arbeiten neben dem Referat für Arbeit und Wirtschaft das Sozialreferat,
das Referat für Bauordnung und Stadtplanung, das Referat für Bildung und Sport, das
Referat für Gesundheit und Umwelt, der Abfallwirtschaftsbetrieb München sowie das Kul-
tureferat aktiv mit. Im Folgenden wird der Stadtrat über das Engagement der städtischen
Dienststellen und die Bedeutung des Städtenetzwerkes für die Arbeit der Landeshaupt-
stadt informiert.

2. Allgemeines

Als Präsident von EUROCITIES wurde für den Turnus 2017-2018 der Oberbürgermeister
der Stadt Ghent, Daniel Termont, gewählt. Als Vize-Präsidentin wurde mit Karin Wanngard
die Vertreterin der Stadt Stockholm wiedergewählt. Bei den Wahlen zum EUROCITIES
Exekutivkomitee wurden außerdem die Städte Birmingham, Florenz, Rotterdam und Tal-

linn bestätigt. Weitere Mitglieder sind die Städte Warschau (Schatzmeister), Leipzig (Sekretär), Barcelona, Ljubljana, Nantes und Wien. Einen Überblick über das Exekutiv-Komitee gibt die Anlage 2.

2017 sind folgende Städte/Regionen dem Netzwerk neu beigetreten:
Aix-Marseille-Provence, Cluj-Napoca, Constanta, Thessaloniki und Valladolid.

Auch im achten Jahr konnte der EUROCITIES-Mitgliedsbeitrag konstant gehalten werden, was v. a. der Senkung der Personalkosten der letzten Jahre zu verdanken war. Allerdings wurde eine Erhöhung für das nächste Jahr bereits angekündigt. Die Details dazu werden in 2018 verhandelt.

Aktuelle Schwerpunkte bei den Inhalten bilden die erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten in die lokalen Stadtgesellschaften, Städte als Jobtreiber, nachhaltiges Wachstum sowie Smarter Cities und Transforming Cities. Die inhaltliche Ausrichtung des Netzwerks wird wie in 2016 und 2017 in den nächsten Jahren vor allem von der Umsetzung der Urbanen Agenda geprägt sein, die den Städten die historische Chance bietet, ihre Position im europäischen Politikprozess zu verbessern.

Umsetzung der Urbanen Agenda für die EU

Die Urbane Agenda wurde im Mai 2016 mit dem Pakt von Amsterdam ins Leben gerufen. Es stellt eine neue mehrstufige Arbeitsmethode dar, die die Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, Städten, der Europäischen Kommission und anderen Interessengruppen vertieft, um Wachstum, Lebensqualität und Innovation in den Städten Europas zu fördern und soziale Herausforderungen zu erkennen und erfolgreich zu bewältigen.

Mit der Urbanen Agenda sieht die Europäische Kommission eine gute Chance, ihr Gesetzgebungsverfahren zukünftig effizienter zu gestalten und dabei das Wissen und die Expertise der Städte einzubeziehen. Konkret geht es um eine Stärkung der Zusammenarbeit der europäischen Institutionen mit den Städten, mit dem Ziel europäische Politikprozesse transparenter und bürgernäher auszugestalten. Dazu wurden zunächst zwölf Hauptthemen benannt, zu denen zwölf Partnerschaften aus Expertengruppen mit maximal 20 Personen aus Vertretern der Europäischen Kommission, der Mitgliedsstaaten, von URBACT, aus Städten und weitere thematische Stakeholder ausgewählt wurden. Alle Partnerschaften sind angehalten, einen Aktionsplan mit Vorschlägen zu erarbeiten, wie die Forderungen nach besseren Gesetzen, besserer Förderung, besserem Fachwissen bezogen auf ihr Thema verwirklicht werden können. Die Partnerschaften „Integration von Migranten und Flüchtlingen“, „Wohnungswesen“ und „Städtische Armut“ haben ihre Aktionspläne bereits 2017 vorgelegt. EUROCITIES begleitet die Prozesse in den verschiedenen thematischen Foren und in der eigens eingerichteten Arbeitsgruppe Urbane Agenda umfassend. Die Landeshauptstadt München ist dabei nicht nur in der EUROCITIES Arbeitsgruppe aktiv, sondern spielt auch eine wichtige Rolle als Mitglied der EU-Partnerschaft zu „Innovativer und nachhaltiger Beschaffung“ im Rahmen der Urbanen Agenda. Im November 2017 nah-

men in enger Zusammenarbeit das Direktorium und der Fachbereich Europa an der Arbeitsgruppe „Juristische Werkzeuge“ in Rotterdam teil, die ein fertiges Arbeitspapier ausarbeiteten. Aktuell leitet seit Februar 2018 das Münchner Team die Arbeitsgruppe „Beschaffung von Innovationen“, in der ein Handbuch zum öffentlichen Beschaffungswesen erstellt wird.

Das bisherige Resümee der EU-Kommission zur Urbanen Agenda fällt deutlich positiv aus. Schon nach einem Jahr habe sich gezeigt, dass es noch genügend Spielraum gibt, um die städtische Politik in der EU zu stärken, genauso wie eine Notwendigkeit, sie weiter zu diskutieren. 2018/2019 werden alle zwölf Partnerschaften ihre Aktionspläne fertig haben, 2019 plant die Kommission eine abschließende Evaluierung der Urbanen Agenda.

Cities4Europe – Europe for Citizens

Auf dem EUROCITIES Mayors summit on the future of Europe am 7. März 2017 wurde beschlossen, selbst als Städte Europas aktiv zu werden und eine eigene Kampagne für eine starke Demokratie in Europa zu entwerfen. Bekräftigt wurde dieser Beschluss auch nochmals von allen Städten auf dem EUROCITIES Cooperation Plattform Treffen in Antwerpen im Mai 2017. Das seit Herbst 2017 stetig weiter entwickelte Konzept umfasste dabei verschiedenste Veranstaltungsformate, Events, Workshops, bürgerliche Initiativen etc., die im Mai 2018 in der Mehrzahl der EUROCITIES-Städte für deren Bürgerinnen und Bürger stattfanden. Besonderer Höhepunkt war der offizielle Launch Event mit einem simultanen Online Flash-Mob für alle EUROCITIES-Städte am 7. Mai 2018 in Brüssel. Im Palast der Schönen Künste Bozar fand eine öffentliche politische High-Level Debatte statt, gefolgt von einem kulturellen Rahmenprogramm. Während der anschließenden Europawochen 2018 wurden ebenfalls speziell miteinander verbundene Aktionen durchgeführt. 85 EUROCITIES-Mitglieder waren dem Ruf gefolgt, sich mit ihren Ideen einzubringen und an der EUROCITIES-Kampagne zur Zukunft Europas gemeinsam zu beteiligen: „as the network of Europe's biggest cities, we cannot stand on the side and watch. We need to act and take our responsibility, let's do this together!“

Weitere Informationen zur Cities4Europe Kampagne finden Sie auch online auf der Webseite: <http://cities4europe.eurocities.eu>

Der Fachbereich Europa nutzte diese besondere Chance und beteiligte sich aktiv an der Ausgestaltung der Kampagne bei EUROCITIES, um dabei die positiven Aspekte der Europäischen Union für die LHM zu beleuchten sowie einen neuen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Daher wurde vom Stadtrat beschlossen, von Mai/Juni 2018 bis zu den Europawahlen im Mai 2019 eine eigene crossmediale Munich4Europe-Kampagne für die Landeshauptstadt München zu entwerfen. Dabei sollen neue Aktionen und spannende Formate erdacht werden, die auch die EUROCITIES-Kampagne mit innovativen Elementen miteinbezieht.

2.1. Mitwirkung der Stadt an EUROCITIES-Stellungnahmen

2017 hat EUROCITIES zu allen wichtigen europäischen Politikthemen Stellung genommen, um die Interessen der Großstädte Europas gegenüber den europäischen Organen, v. a. der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, zu vertreten. Die Landeshauptstadt München hat bei zwei Stellungnahmen mitgewirkt (s. Anlage 3):

Stellungnahme zu „Actions for the education of refugees and asylum seekers“

Damit Europa der Herausforderung der Integration von Flüchtlingen gerecht wird, müssen besonders die Städte und Kommunen wichtige Schlüsselpositionen übernehmen. Es ist notwendig, dass Städte ihre Erfahrungen und aktuellen Erkenntnisse direkt an nationale und europäische Institutionen weiter geben. Die Bedeutung von Städten in diesem Bereich wurde auch im Rahmen der Urbanen Agenda durch die Partnerschaft zur Eingliederung von Migranten und Flüchtlingen unterstrichen. Als Kern der Stellungnahme verweist EUROCITIES darauf, dass die Integration von Neuankömmlingen in unseren Gesellschaften nicht nur eine Herausforderung für die nächsten Jahre, sondern für zukünftige Generationen ist, besonders was den Zugang zu Bildung anbelangt. Das aktuelle Volumen der Neuankömmlinge stellt die Städte zusätzlich vor eine neue Qualität von spezifischen Herausforderungen, wie etwa der erhöhte Bedarf von Sprachkursen. Mit dieser Stellungnahme stellt EUROCITIES einige der Praktiken und Politiken im Bereich Bildungsdienstleistungen vor, die auf Stadtebene für Asylbewerber und Flüchtlinge umgesetzt werden.

Stellungnahme zu „Cities' external cultural relations: trends and actions“

Im September 2017 erschien die Studie „Cities' external cultural relations: trends and actions“, an der 13 Städte aus elf europäischen Ländern teilnahmen, unter anderem auch München. Beleuchtet wurden sowohl die Verwaltungsstrukturen in den Städten als auch die Konzepte und Aktivitäten. Bereits in den Jahren 2013 und 2016 waren in der Arbeitsgruppe „Mobility of Artists“ des Kulturforums von EUROCITIES Studien zur Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern in Europa erschienen, an denen sich das Kulturreferat beteiligt hatte und an die die neueste Untersuchung anknüpfen konnte. Untersucht wurden jetzt ausschließlich internationale Beziehungen der europäischen Städte zu Partnern außerhalb der EU- und EFTA-Staaten (Norwegen, Schweiz, Island und Liechtenstein). Erneut bestätigt wird die nicht ganz neue Erkenntnis, dass sich Städte als globale Akteure in der Welt etabliert haben und eine immer wichtigere Rolle in internationalen Zusammenhängen einnehmen. Betont wird ferner, dass die Kommunen durch ihre besonderen Stärken, vor allem die Bürgernähe und Flexibilität, vielfach neue Kooperationsmodelle und Formate anstoßen, von denen andere Ebenen lernen könnten. Größerer Wert werde auf Zusammenarbeit als auf einseitiges „showcasing“ oder „cultural diplomacy“ gelegt, und teils bewusst, teils unterbewusst würden im Zuge der Zusammenarbeit europäische Werte vermittelt, insbesondere der Einsatz für Menschenrechte, die Freiheit des Wortes und der Kunst sowie Demokratie und gute Regierungsführung. Aufmerksam wahrgenommen wurde auch der Münchner „bottom-up“-Ansatz, der die Impulse und weltweiten Netzwerke

der lokalen Akteure – Künstler/innen, Künstlergruppen, Initiativen oder freie Institutionen – zur Grundlage städtischer, internationaler Kulturarbeit macht und damit die entsprechende Nachhaltigkeit gewährleistet.

2.2. Mitarbeit in EUROCITIES-Foren und Arbeitsgruppen

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die derzeitigen Aktivitäten der städtischen Referate in den Foren und Arbeitsgruppen (AG) gegeben (s. Anlage 4). Die Arbeitsgruppen treffen sich in der Regel zwei- bis dreimal jährlich in wechselnden Städten. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt jedes Treffens ist die Besichtigung von erfolgreichen Projekten vor Ort. Ferner informieren die Arbeitsgruppen über die jeweils relevanten politischen Entwicklungen auf europäischer Ebene. Ziel der Arbeitsgruppen ist es, einen Erfahrungsaustausch der Expertinnen und Experten vor Ort zu initiieren und damit zu einer Weiterentwicklung der kommunalen Politik beizutragen. Durch Beispiele wird gezeigt, wie München von der Mitarbeit profitiert und auf welchen Gebieten die Referate besondere Verantwortung für die Leitung von Arbeitsgruppen übernommen haben.

In den vergangenen Jahren waren v. a. das Sozialreferat, das Kreisverwaltungsreferat sowie das Referat für Gesundheit und Umwelt aufgrund personeller Engpässe gezwungen, ihr Engagement im Netzwerk und ihre Mitarbeit bei Arbeitsgruppen zu reduzieren bzw. vorerst zu beenden.

2.2.1. Kulturforum

Das Kulturreferat vertritt die Landeshauptstadt München im Kulturforum von EUROCITIES. Die Arbeit des Kulturforums und seiner Arbeitsgruppen haben hohe Relevanz für München, denn die nachhaltig angelegten Münchner Konzepte und Projekte, beispielsweise zur kulturellen Bildung, zur internationalen Kulturarbeit, zur interkulturellen Öffnung sowie zur Kreativwirtschaft weisen z. T. große Schnittmengen mit den in den Arbeitsgruppen behandelten Diskussionen und Projekten auf. Gleichzeitig dienen die Arbeitsgruppen dem regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch über die laufende Arbeit in den einzelnen Städten. Im Jahr 2017 fanden zwei Treffen des Kulturforums statt – im Frühjahr in Tallinn, im Herbst in Gent.

Kulturforum in Tallinn

Das Kulturforum, das vom 29. März bis 1. April in Tallinn (Estland) stattfand und an dem 129 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 65 europäischen Städten teilnahmen, war dem Thema „Innovative Modelle für Governance und Partnerschaften in Städten“ gewidmet. In Präsentationen, Diskussionen und bei Besuchen vor Ort beschäftigten sie sich mit der Fragestellung, inwieweit Stadtverwaltungen für die zukünftigen Herausforderungen gewappnet sind und neue Wege in ihren Arbeitsmethoden gehen können. Vorgestellte Beispiele, wie Bürgerinnen und Bürger in partizipative Prozesse für die Gestaltung und Verwaltung einer Stadt einbezogen werden können, dienten als Anregung für weiteren Fach-austausch. In diesem Rahmen wurden auch die Pläne für das Kreativquartier in München

und das Konzept des referateübergreifenden Kompetenzteams für die Kultur- und Kreativwirtschaft dem Fachpublikum präsentiert.

Kulturforum in Gent

Das Herbsttreffen fand vom 25. bis 27. Oktober in Gent (Belgien) mit 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 64 Städten statt. Für die Stadt München nahmen eine Vertreterin des Kulturreferats sowie zwei Vertreterinnen der Münchner Stadtbibliothek teil. Thema des Forums war die Rolle der Städte bei der Entstehung und Weiterentwicklung „dritter Orte“. Gemeint sind damit nicht-kommerzielle Orte, an denen die Bürgerinnen und Bürger einer Stadt sich in informellen Strukturen treffen und austauschen können, Fragen ihrer Stadt und ihres Stadtteils diskutieren können, Kunst und Kultur produzieren und wahrnehmen können und vieles andere mehr. Von besonderer Bedeutung ist dieses Thema für die Stadtbibliotheken, die sich zunehmend auch als solche Orte definieren. Nicht zuletzt deshalb spielte die neu eröffnete Zentralbibliothek in Gent eine wichtige Rolle im Rahmen des Forums: sie war nicht nur Tagungsort und Best-Practice-Beispiel, auch ihre Vermittlungsarbeit war Thema in der Arbeitsgruppe Jugend und Kultur. Aus Münchner Sicht ergaben sich eine Reihe von Anknüpfungspunkten an aktuelle Planungen und Diskussionen: von der Stadtteilkultur über die bereits erwähnten Bibliotheken bis hin zu Fragen der Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung bei Planungsprojekten.

Arbeitsgruppe Jugend und Kultur

Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeitsgruppe Jugend und Kultur lag in Tallinn (Estland) auf Medienkunstprojekten für Kinder und Jugendliche. Beispiele aus verschiedenen Städten, darunter ein Münchner Forschungsprojekt zu generationenübergreifenden Medienprojekten, dienten als Input für einen regen Informationsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

In Gent (Belgien) wurde zum einen das Vermittlungsprogramm der Zentralbibliothek sowie die Zwischennutzung des Vorgängerbaus präsentiert und diskutiert, zum anderen ein Projekt der städtischen Dresdner Bühne für Kinder und Jugendliche, in dem es darum ging, mit Mitteln der Kunst gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung vorzugehen.

Arbeitsgruppe Kreativwirtschaft

Die Arbeitsgruppe traf sich in 2017 beide Male während des Kulturforums. Wie üblich wurden themenrelevante Einrichtungen vor Ort von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe besucht und darauf aufbauend ein Wissensaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hergestellt. In Tallinn war dies MEKTORY, ein Wissenstransferzentrum, das wissenschaftliche Einrichtungen und Start-ups im kreativen Sektor zusammenbringen soll, zum Beispiel zum Thema Augmented Reality.

Der Vorschlag aus dem vorjährigen Treffen in Oulo, dass jedes Arbeitsgruppenmitglied ein Kurzprofil über die aktuelle Situation der Kreativwirtschaft in seiner Stadt erstellt, wurde angenommen. Die Profile sollen in der nächsten Zeit erstellt werden und in die

Schwerpunktsetzung für die nächsten Treffen sowie in die weitere Entwicklung der Arbeitsgruppe einfließen. Geplant ist, dass sie als Grundlage für eine verstärkte internationale Vernetzung der städtischen Akteure im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft und für zukünftige gemeinsame Projekte dienen.

Arbeitsgruppe Kunst im öffentlichen Raum

Im Frühjahr 2017 wurde eine neue Arbeitsgruppe zum Thema „Kunst im öffentlichen Raum“ etabliert, die von dem Vertreter der Stadt Turin geleitet wird. Zielsetzung ist der Fach- und Erfahrungsaustausch sowie die Entwicklung gemeinsamer Projekte und neuer Szenarien zu Kunst im öffentlichen Raum. Ein Fragebogen, der Auskunft über den Entwicklungsstand und die Strategie zu Kunst im öffentlichen Raum der verschiedenen Städte geben und als erste Arbeitsgrundlage dienen soll, wurde bereits im Juli vom Kulturreferat ausführlich beantwortet.

2.2.2. Wirtschaftsforum

Die Arbeit des EUROCITIES-Wirtschaftsforums prägen 2017 die Bedeutung von Vermietplattformen der kollaborativen Wirtschaft, „shared economy“, wie beispielsweise Airbnb für den Tourismus und die Stadtentwicklung sowie die Rolle der strategischen langfristigen Investitionen von Kommunen. In den Städten sind neben der gemeinsamen Nutzung von Fahrzeugen vor allem die zunehmende Bedeutung der privaten und gewerblichen Vermietung von Wohnungen und Zimmern über Vermietplattformen wie bspw. Airbnb in den Mittelpunkt der Diskussion zur Zukunft der kollaborativen Wirtschaft gerückt. Auf den EUROCITIES-Tagungen wurden dabei die Vor- und Nachteile derartiger Aktivitäten thematisiert. Hintergrund des Erfahrungsaustausches ist, dass es derzeit weder auf deutscher noch auf europäischer Ebene eine einheitliche Regelung gibt, wie mit Vermietplattformen auf kommunaler Ebene umgegangen werden soll sowie welche Praktiken legal und welche illegal einzustufen sind. Zudem sind Europas Metropolen wie München angehalten, aufgrund von Zuzug und einer allgemeinen Steigerung der Geburtenraten in die lokale Infrastruktur zu investieren. Zur Unterstreichung der strategischen Bedeutung kommunaler Investitionen für die wirtschaftliche Stärkung Europas und Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit EUROCITIES einen offenen Brief an die Europäische Kommission verfasst. In dem Schreiben wird gefordert, kommunale Investitionen aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung aus der Maastricht-Verschuldungsrate von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes herauszurechnen, um die öffentlichen Investitionen in die Zukunft Europas nicht zu beschränken. Gerade in Zeiten, in denen die Staaten aufgrund von wirtschaftlichen Problemen ihre Ausgaben reduzieren, ist es notwendig, dass Kommunen weiterhin die örtliche Infrastruktur erhalten, ausbauen und verbessern können, um die Lebensqualität vor Ort zu sichern und den Grundstein für den Aufschwung zu legen.

Wirtschaftsforum in San Sebastian

Ende April 2017 nahm die Münchner Stadträtin Dr. Manuela Olhausen am Wirtschaftsforum in San Sebastian (Spanien) teil. Die beiden Schwerpunktthemen waren hierbei die Innovationsförderung durch Städte sowie die Bedeutung städtischer Investitionen. Dr. Manuela Olhausen betonte, dass der Erfolg Münchens auf die Kooperation zwischen vielen städtischen Referaten und auf die zielgerichtete Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Wirtschaft und der Wissenschaft zurückzuführen ist. München ist auch gerade deshalb so erfolgreich, weil die Stadtverwaltung großen Wert auf die Schullandschaft und die Berufsbildung legt. Darüber hinaus fördert München den sozialen Zusammenhalt, die Lebensqualität und die kulturelle Vielfalt. Diese weichen Standortfaktoren sind maßgeblich dafür verantwortlich, dass Menschen mit neuen Ideen nach München ziehen und sich die Münchnerinnen und Münchner hier engagieren und kreativ sind. Das im Aufbau befindliche Kreativquartier an der Dachauerstraße sei ein gelungenes Beispiel, wie Städte eine solche Vernetzung fördern können.

EUROCITIES Study Visit in Barcelona/Terrassa

Im Nachgang zum Wirtschaftsforum in San Sebastian nahm Stadträtin Dr. Manuela Olhausen im Juni 2017 an der Study Visit in Barcelona und Terrassa (Spanien) teil, die von EUROCITIES gemeinsam mit den beiden Städten ausgerichtet wurde. Die Studienreise hatte den Themenschwerpunkt, Stärkung des internationalen Ansehens der Städte im Kultur- und Kreativbereich durch Veranstaltungen und Kreativeinrichtungen. Auch hier konnte das Münchner Kreativquartier als gutes Beispiel für städtisches Engagement angeführt werden. Alle 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Städten waren von den beiden interaktiv angelegten Tagen beeindruckt, in denen sich Besuche vor Ort, Gespräche mit lokalen Fachleuten, Workshops und Diskussionsrunden abwechselten. Eine detaillierte Dokumentation der Fragen und Antworten wurde allen zur Verfügung gestellt, um so das Gelernte und Gesehene mit in die Städte zurücknehmen zu können.

2.2.3 Umweltforum

Beim Umweltforum in Essen in der Arbeitsgruppe „Metropolregionen“ am 18. Oktober 2017 konnte das Münchner Leadprojekt „LOS_DAMA!“ zur grünen Infrastruktur auf Stadtebene vorgestellt werden. Dieses Interreg-Projekt ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil es für die teilnehmenden Städte ein EU-weiter Katalysator war, um eine erste Zusammenarbeit auf metropolitaner Ebene zu beginnen. „LOS_DAMA!“ ist zudem als einziges transnationales Netzwerk Mitglied der EUSALP Action Group 7 zur ökologischen Vernetzung für das gesamte Gebiet der Alpenregion. Dadurch schafft es das EU-Projekt sowohl die Perspektiven von Städten als auch Metropolregionen in den Multi-Level-Governance-Prozess der EU-Strategie für den Alpenraum einzubeziehen und dient somit als einzigartiges Leuchtturmprojekt für zukünftige Zusammenarbeiten über verschiedene politische Ebenen hinaus.

Weitere Informationen zu „LOS_DAMA!“ finden Sie unter: http://www.alpine-space.eu/projects/los_dama/en/home

2.2.4. Sozialforum

2017 fanden zwei Tagungen des EUROCITIES Sozialforums in Lissabon und Göteborg statt.

Sozialforum in Lissabon

Aus über 40 Städten kamen Vertreterinnen und Vertreter im Frühjahr in Lissabon (Portugal) zusammen. Das Thema des Social Affairs Forum: Wie lassen sich tiefsitzende Armut und wachsende Ungleichheit bekämpfen? Mit den Ergebnissen des Forums treibt EURO-CITIES die Interessenvertretung der Städte bei der EU weiter voran. Wichtige Themen in diesem Zusammenhang sind Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Migration und Flüchtlinge. Ihr Schwerpunkt lag auf Bottom-up Strategien gegen Armut. NGOs, Bürger, Firmen und Kommunalverwaltungen sollten zukünftig stärker zusammenarbeiten. Aus verschiedenen Städten wurden soziale Projekte präsentiert. So stellte die LHM ihre Bildungslokale als innovative Aktion gegen Ungleichheit vor. Im Workshop zur Nutzung des Europäischen Sozialfonds (ESF) wurde deutlich, dass die Laufzeiten für finanzierte Projekte verlängert werden müssten. So ließen sich nachhaltigere Erfolge erzielen, anstelle die Finanzierung nicht mehr weiter stemmen und notfalls von kommunalen Mitteln ablösen zu müssen. Außerdem waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass die Administration und die Antragstellung vereinfacht werden müssten. Da die EU bereits die Grundlagen für den Europäischen Sozialfonds (ESF) 2020 vorbereitet, will EUROCITIES erreichen, dass er für Städte noch besser nutzbar wird. Zudem forderten die Städte-Vertreterinnen und -Vertreter nationale Strategien für die Bekämpfung der Armut. Diese sollten mit mehr finanziellen Mitteln für die Kommunen hinterlegt werden.

Sozialforum in Göteborg

Bei der Tagung des EUROCITIES Sozialforums in Göteborg (Schweden) vom 25.-26. Oktober 2017 kam zum Ausdruck, dass Städte eine Schlüsselrolle für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte spielen und bei der Entwicklung inklusiver Gesellschaften mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Es kamen 135 Teilnehmende aus über 40 Städten zusammen, darunter 20 gewählte Stadtpolitikerinnen und -politiker sowie Vertreterinnen der Europäischen Kommission und weiterer europäischer Organisationen. Die Landeshauptstadt München wurde vom Fachbereich Internationale Bildungskooperationen im Pädagogischen Institut des Referats für Bildung und Sport vertreten. Höhepunkt der Tagung war die öffentliche Bekanntgabe der EUROCITIES-Erklärung "Soziale Rechte für alle". Die Kernbotschaften der Tagung bringen zum Ausdruck, dass sich die wirtschaftliche Kohäsion und die soziale Inklusion innerhalb der EU gegenseitig bedingen und Städte bei der Entwicklung inklusiver Gesellschaften mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Außerdem sollten Städte enger mit nationalen Regierungen und EU-Institutionen zusam-

menarbeiten, regionale Plattformen für Investitionen in die soziale Infrastruktur nutzen und nachhaltig zum Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger zusammenarbeiten.

EU-Projekt CITIES-GroW bei EUROCITIES

Das Sozialreferat der Landeshauptstadt München beteiligt sich am 1. Februar 2017 gestarteten und zwei Jahre andauernden EU-Projekt CITIES-GroW - integration of refugees and migrants through economic activity in cities. Das Projekt erarbeitet praktische Instrumentarien und Empfehlungen dazu, wie städtische Verantwortliche und Entscheidungsträgerinnen und -träger am besten die Herausforderungen bei der Integration von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten bewältigen. Ziel ist es, wirksame Strategien zu entwickeln. Insgesamt 16 Partnerstädte arbeiten jeweils in Mentoring-Paaren an vier verschiedenen thematischen Feldern. München fungiert als Mentoring- und Athen als Implementoring-Stadt im Cluster Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, der örtlichen Arbeitsverwaltung und der lokalen Bildungslandschaft zur Förderung der Qualifikationen und der Beschäftigung von jungen Geflüchteten. Vom 23. bis 25. Oktober 2017 fand ein Studienbesuch der Stadt Athen in München statt. Im Rahmen des dreitägigen Programms wurde den Gästen aus Athen, den Eurocities-Verantwortlichen aus Brüssel und der wissenschaftlichen Begleitung aus Brighton, eine Fülle an Ansätzen, Projekten und Angeboten unterschiedlichster Arbeitsmarktakteure zum Thema Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten und das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm präsentiert. Nicht nur die Besucherinnen und Besucher aus Athen, Brüssel und Brighton waren beeindruckt, auch die verschiedensten Beteiligten in München staunten über die Vielfalt der Regelangebote und Projekte und das Engagement der unterschiedlichen Institutionen.

Ein Videofilmer hat viele spannende Momente eingefangen und einige Experteninterviews aufgezeichnet, die in kurzen Videoclips auf der Integrating Cities VIII-Konferenz im November 2018 in Mailand (Italien) präsentiert und auf dem EUROCITIES-Internet-Auftritt veröffentlicht werden.

Arbeitsgruppe Migration und Integration

Im Jahr 2017 fanden zwei Arbeitsgruppentreffen in Lissabon (Portugal) und Helsinki (Finnland) statt. Die Ziele und Schwerpunkte der Arbeit in der Arbeitsgruppe im Jahr 2017 waren die politische Wirkung von EUROCITIES im Bereich Migration und Integration zu verstärken. Zusätzlich die Aktivitäten im Bereich Städtepartnerschaftsnetzwerke zu intensivieren und die Erarbeitung von Positionspapieren und Publikationen, die die Bedeutung und die Rolle der Städte für das Thema Integration von Migrantinnen und Migranten, etwa in der Urbanen Agenda, verdeutlichen. Die Städte wollen stärker in die EU-Politik einbezogen werden, beispielsweise gründen sich auch neue Städtenetzwerke wie „Solidarity Cities“ und „Sanctuary Cities“. Ein weiteres Ziel war die Partizipation am „European Migration Forum“ und am „European Integration Network“ um „Multi-level-governance“ zu verstärken. Zusätzlich war die Intensivierung der transatlantischen Kooperation ein Schwerpunkt im Jahr 2017 sowie die Arbeit an einem integrierten Ansatz der Flüchtlingsaufnah-

me und langfristiger nachhaltiger Lösungen gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten.

Die Arbeit am Menschenrechtsansatz war ein weiterer Arbeitsschwerpunkt. Laut dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen werden Menschenrechtsstandards im Zuge der aktuellen hohen Flüchtlingszuwanderung gesenkt. Gerade Städten kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle beim Schutz der Menschenrechte zu. Es gibt eine Vielfalt an Ansätzen, die sich an den konkreten Gegebenheiten orientieren, wie etwa die grundlegenden Werte Gleichstellung, Teilhabe und Antidiskriminierung. Auf kommunaler Ebene wird häufig der Zugang zu Bildung, zu Gesundheitsversorgung und zu Wohnen als bedeutsam hervorgehoben.

Roma Inclusion Task Force Meeting

Das Arbeitstreffen am 5. und 6. April 2017 in Lissabon (Portugal) ermöglichte den Austausch über den Umgang von Kommunen mit den vielseitigen Herausforderungen im Kontext der EU Migration aus Südosteuropa. Als weiteres Schwerpunktthema wurden lokale Partizipationsmöglichkeiten autochthoner Sinti und Roma debattiert. Es nahmen Vertreterinnen und Vertreter von 15 europäischen Kommunen, sowie mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der EU-Kommission teil. Erstmals fanden sich zudem unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Roma Inclusion Task Force einige zivilgesellschaftlich aktive Roma. Neben der Vorstellung aktueller Entwicklungen und best-practice Projekte einzelner Kommunen wurden auch aktuelle EU-Programme vorgestellt, die sich im besonderen auch an Behörden und staatliche Institutionen richten. Die Teilnahme am Arbeitstreffen ermöglichte den Aufbau interkommunaler Netzwerke, auf die bei Bedarf nun zurückgegriffen werden kann. Zudem wurden wichtige Impulse für die Weiterentwicklung kommunaler Strategien gesetzt, die bei den nächsten Arbeitsgruppentreffen gemeinsam weiter entwickelt werden sollen.

Arbeitsgruppe Housing

Am 3. und 4. Mai 2017 fand das Treffen der EUROCITIES Arbeitsgruppe Housing unter Gastgeberschaft der Stadt Wien (Österreich) mit rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Thema war „An inclusive housing market – cornerstones and key factors“. Dabei wurden drei Themenblöcke diskutiert: Erster Themenblock waren die Säulen günstigen Wohnens in Wien. Die Stadt Wien blickt auf eine lange Tradition der Gemeindebauten/Sozialwohnungsbau zurück. Bereits seit 1920 bestehe innerhalb der Stadtpolitik ein Konsens, nach dem Wohnen eine öffentliche Aufgabe sei, die nicht allein dem Markt überlassen werden dürfe. Der soziale Wohnungsbau in Wien war gleichzeitig nie nur für die „Ärmsten der Armen“ gedacht, sondern zielt nach wie vor auf breite Bevölkerungsschichten ab. So leben aktuell ca. 60% der Wiener Mieterinnen und Mieter in insgesamt 440.000 geförderten Wohnungen. Dies sind 45% aller in Wien verfügbaren Mietwohnungen. Für das Jahr 2017 wurden 15.000 neue Wohnungen geplant, darunter 11.000 gefördert (2016 und vorher: 7.000 neue geförderte Wohnungen pro Jahr). Gleichwohl steht

auch Wien einer Wachstumsherausforderung von 1.900.000 auf 2.000.000 Einwohnern in den nächsten Jahren gegenüber.

Der zweite Themenblock war genossenschaftlicher/gemeinnütziger/„non-profit“ Wohnbau und ob dies der Schlüssel für bezahlbaren Wohnraum sei. Bei diesem Thema zeigte sich, dass in den verschiedenen Ländern höchst unterschiedliche Voraussetzungen und gesetzliche Rahmenbedingungen herrschen. So gibt es in Spanien eine hohe Quote (ca. 70%) an Wohnungseigentümern, die ihr Eigentum auch selbst bewohnen. Es gibt zum genossenschaftlichen/gemeinnützigen Wohnbau keine Gesetzgebung und keinerlei staatliche Förderung, gleichzeitig wäre Bauland vorhanden. Ausnahme ist Barcelona, hier steht das Thema Bezahlbares Wohnen hoch auf der Agenda und eine ehemalige Aktivistin aus dem Bereich ist mittlerweile Bürgermeisterin. Barcelona finanziert seine Förderung zu 100% selbst. Alle Städte berichteten von hohem Konkurrenzdruck und Knappheit an Flächen. Der Trend geht daher in Richtung innovativer Bauweisen, z.B. mit Modulen, bei denen Wände verschoben werden können (Gent) oder Stelzenbauten wie in München. Das Problem der Wohnungsknappheit betrifft zunehmend vor allem auch die Mittelschicht, die grundsätzlich für geförderte Wohnungen ein knapp zu hohes Einkommen aufweist, aber immer öfter auch zu wenig für den freien Markt.

Beim dritten Themenblock handelte es sich um die Rolle des Mieterschutzgesetzes bezüglich bezahlbarem Wohnraum. Auch hier gibt es erhebliche Unterschiede je nach Land. In Spanien gibt es gesetzliche Mietzeithöchstgrenzen von derzeit 5 Jahren. In Österreich gibt es kein landesweites universelles Mietrecht und Mietverträge sind normalerweise zeitlich befristet. Das deutsche Mietrecht wird von allen anderen Städten als „best practice Modell“ gesehen. Bei den diskutierten Themen bestehen überall sehr ähnliche Problemlagen mit gleichzeitig erheblichen Unterschieden bei den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen. Innovative Lösungen sind insbesondere in Wien und in Städten in den Niederlanden und Belgien zu finden. Auch den Münchner Ansätzen (Stelzenbau, Förderung genossenschaftlichen Wohnbaus, München-Modell) wurde mit viel Interesse begegnet.

Arbeitsgruppe Bildung

Bildungsgerechtigkeit stand im Fokus der EUROCITIES Working Group Education, die vom 8. bis 10. November 2017 in München zu Besuch war. Bildungsexpertinnen und -experten aus 19 verschiedenen europäischen Städten besuchten Einrichtungen der Elementarpädagogik, Sekundarstufe sowie der non-formalen Bildung, um der Leitfrage nachzugehen, inwiefern Bildungsgerechtigkeit durch die jeweiligen präsentierten pädagogischen Konzepte gefördert wird. Die in der europäischen Arbeitsgruppe bereits einige Jahre bewährte Methode Critical Friends Review ermöglicht in kurzer Zeit einen ersten tiefen Blick in die Strukturen einer Organisation. Zunächst setzten sich die europäischen Expertinnen und Experten mit dem Bildungssystem und der Besonderheiten der Einrichtung, welche sie am Folgetag besuchten, auseinander. Die ca. 8-10-köpfige Gruppe bereitete im Anschluss den Besuch in der Einrichtung vor und formulierte Interviewfragen, welche

während des Aufenthaltes gestellt werden konnten. Am zweiten Tag der Konferenz folgten die Studienbesuche ergänzt durch Einzelinterviews mit verschiedenen Akteurinnen und Akteuren der Einrichtung. Die Perspektivenvielfalt beispielsweise der Leitungsebene, der Lehr- und Erziehungskräfte, der Bildungsmanagerinnen und -manager sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen wurden dabei durch die internationale Delegation aufgegriffen. Unterstützt durch eine SWOT-Analyse (Strength – Weaknesses – Opportunities – Threats) wurden die Informationen intern diskutiert und abschließend als Feedback zurückgespiegelt. Im gemeinsamen Gespräch zwischen den EUROCITIES-Expertinnen und Experten und den Interviewpartnerinnen und -partner konnten wesentliche Aspekte diskutiert werden. Die durchwegs positiven Rückmeldungen aller beteiligten Münchner Bildungseinrichtungen konnten einen Besuch durch EUROCITIES nicht nur für Schulen weiter empfehlen und lassen auf die hohe Qualität und Nutzen von internationalem Dialog schließen.

2.2.5. Mobilitätsforum

Das EUROCITIES Mobilitätsforum tagte 2017 in Lissabon und in Toulouse.

Mobilitätsforum in Lissabon

Von 15. bis 17. März 2017 fand das Mobility-Forum in Lissabon (Portugal) unter dem Dachthema „Ein neues Mobilitäts-Paradigma: Schafft eine Stadt für Alle“ statt. Die portugiesische Hauptstadt präsentierte hierbei aktuelle Ansätze und Projekte in den Bereichen Elektromobilität, Bike-, Car- und Scooter-Sharing, Zugänglichkeitverbesserungen für Mobilitätseingeschränkte im öffentlichen Raum und im Öffentlichen Verkehr. Gerade der Öffentliche Verkehr Lissabons, der bisher hauptsächlich auf die Bewältigung der Pendlerströme von außerhalb zu Arbeitsstellen in der Innenstadt ausgerichtet war, soll stärker auf die Erreichbarkeit in den Nachbarschaften der Stadt und die Anbindung der „letzten Meile“ Vernetzung fokussiert werden, beispielsweise mit Hilfe von Sharing-Konzepten. Um in den Stadtquartieren die Mobilität für alle zu verbessern, möchte die Stadt Lissabon hierbei zukünftig auch automatisierte Systeme im öffentlichen Verkehr einsetzen und plant ein Simulationsprojekt mit sogenannten Auto- und Taxi-Bots, die als elektrisch-angetriebene und automatisierte Fahrzeuge im PKW- und Kleinbusbereich on demand Nutzer vor der Haustür in kurzer Zeit abholen. Hiermit soll längerfristig nicht nur die Erreichbarkeit für Bürgerinnen und Bürger weiter verbessert, sondern auch eine positivere CO2-Bilanz des Stadtverkehrs und eine Befreiung von Flächen durch parkende Fahrzeuge erreicht werden.

In der Arbeitsgruppe „Transeuropäische Netze – Transport“ (TEN-T) wurde am Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre gearbeitet. Die Europäische Kommission ist zunächst primär an der großräumigen Vernetzung der urbanen Knoten ihrer Mitgliedsstaaten interessiert, erkennt jedoch auch immer stärker deren Funktion als Wirtschaftsmotoren, in denen zentrale Elemente des Wachstums kreierte werden, an, und erkennt, dass die letzte Meile im Bereich Personen- und Güterverkehr in diesen Stadtregionen besser angebund-

den werden muss, um Umwelt- und Gesundheitsbelastungen sowie unwirtschaftliche Zeitverluste zu reduzieren. Die Arbeitsgruppe wird daher weiter versuchen, die Ausgestaltung der TEN-T-Förderprioritäten im Sinne der internen Anbindung der Stadtregionen an die großen Verkehrskorridore zu beeinflussen. Einen weiteren thematischen Schwerpunkt stellte der Workshop „Towards a driverless future“ dar, in dem es darum ging, wie sich Städte auf die neuen Technologien des automatisierten und vernetzten Fahrens einstellen und diese zukünftig als Chance nutzen können, ihr Mobilitätssystem für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Neben Lissabon stellten Wien und Göteborg ihre Ansätze zum autonomen Fahren dar. Die Stadt Wien möchte eine integrierte städtische Perspektive gegenüber den neuen Technologien der Automatisierung und Vernetzung gewinnen und betrachtet die Technik zunächst als ergebnisoffen: Durch die Ausgestaltung der Regulierung können positive wie negative Wirkungen für den Stadtverkehr erfolgen. Beispielsweise könnte mit Hilfe eines automatisierten öffentlich zugänglichen „on demand“-Verkehrs eine Reduktion des nötigen Raums für Straßenverkehr und Parken erreicht werden, andererseits müssen neue Übergangspunkte zwischen diesen Formen des automatisierten Verkehrs und des öffentlichen Verkehrs in Form von Drop-Off-Points geschaffen werden, die ebenso wie beispielsweise neue Sicherheitsvorkehrungen für Fußgänger und Radfahrer zusätzlichen Raums bedürfen. Die Stadt Göteborg plant im Rahmen des Drive-Me-Research Projekts bereits zusammen mit dem ansässigen Automobilkonzern Volvo den Test autonomer Fahrzeuge im Stadtverkehr. Zwar ist längerfristig ein Übergang vom überwachten automatisierten zum unüberwachten, autonomen Fahren anvisiert, zunächst soll dies aber auf Pendlerachsen, möglichst kreuzungsfreien, nicht durch Fußgänger und Radfahrerverkehr geprägten autobahnartigen Einfallstraßen, nicht aber im städtischen Betrieb getestet werden. Eine Projektgruppe zum Thema „automatisiertes Fahren und städtische Mobilität“, an der sich u.a. Kopenhagen, Göteborg, Wien und München beteiligen werden, wurde gebildet.

Mobilitätsforum in Toulouse

Im Oktober 2017 tagte das Mobilitätsforum in Toulouse (Frankreich) unter dem Leitthema „Innovative Mobilität für bessere städtische Räume“. Die Stadt Toulouse, die in ähnlich dynamischer Weise wie München wächst und sich zu Spitzenverkehrszeiten hohen Pendlerströmen gegenüber sieht, hat neben einem Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems die Anwendung von Sharing-Technologien und die Reorganisation des öffentlicher Räume in den Fokus ihrer Verkehrspolitik gestellt. Da Lösungen oftmals nur für die Innenstadt entwickelt werden, nicht aber für die 75% der Einwohner, die auf Flächen weiter außerhalb wohnen, sind nach Meinung der Stadtverwaltung von Toulouse im Bereich der Mobilität umfassendere, weiter in den suburbanen Raum reichende Strategien nötig, um eine nachhaltigere Mobilität zu erreichen. Smarte und vernetzte Mobilitätsformen bzw. gemeinsam genutzte Mobilitätsangebote sollen gefördert und erforscht werden, deren sinnvolle Vernetzung an Knoten in den Stadtquartieren und Nachbarschaften durch die Schaffung notwendiger „Infrastrukturen“ unterstützt werden.

In der Arbeitsgruppe „Smarte und vernetzte Mobilität“ wurde zunächst die Strategie Kopenhagens mittels Car-Sharing und einer veränderten Nutzung des Öffentlichen Raums eine nachhaltigere städtische Mobilität zu erreichen, vorgestellt und diskutiert. Vor einem halben Jahr wurde eine Car-Sharing-Initiative beschlossen. In einigen innerstädtischen Stadtgebieten erfolgte gleichzeitig eine Umgestaltung des öffentlichen Raums zugunsten verbesserter Aufenthaltsqualität. Trotz großem Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Umgestaltung und einer starken Partizipation im Dialogprozess, waren bisher jedoch nur wenige Bürgerinnen und Bürger bereit, auf ihr privates Fahrzeug zu verzichten. Im Fokus der Arbeitsgruppe stand das Thema „automatisierte und vernetzte Mobilität“. Zum einen wurde das Thema der Schaffung einer für das automatisierte und vernetzte Fahren notwendigen Datenplattform (C-ITS) erörtert. Nach Auffassung der Städtevertreter ist es geboten, automatisierte Fahrtechnologien in Best-Practise-Projekte zu integrieren und städtische Demonstratoren und Pilotprojekte gemeinsam mit diesen Unternehmen zu entwickeln. Ziel sollte sein, aus strategischer Perspektive sinnvolle Ansätze zu entwickeln, wie Städte mit Hilfe ihres regulatorischen und planerischen Systems automatisierte Technologien zum Nutzen ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Stadtverkehr integrieren können. Automatisierte und vernetzte Technologien müssen dabei mit den Zielen nachhaltiger Mobilität im Sinne der „Sustainable Urban Mobility Plans“ (SUMP) vereinbar sein. Zum Thema automatisiertes und vernetztes Fahren soll auf Basis erster Erfahrungen ein gemeinsames Positionspapier der Städte entwickelt und der EU-Kommission übermittelt werden.

2.2.6. Dem Exekutiv-Komitee zugeordnete Arbeitsgruppen

Neben den Arbeitsgruppen der einzelnen Foren gibt es auch Arbeitsgruppen, die direkt dem EUROCITIES Exekutiv-Komitee zugeordnet sind.

2.2.6.1. Arbeitsgruppe Daseinsvorsorge und Beschaffung

Seit 2016 ist die Stadt München Co-Chair der Arbeitsgruppe „Daseinsvorsorge und Beschaffung“, die Leitung hat die Stadt Nantes inne. Ziel der AG ist es, die hohe Qualität der kommunalen Daseinsvorsorgeleistungen zu schützen und selbst zu bestimmen, welche Leistungen die Städte in welcher Form bereitstellen und finanzieren. Ferner befasst sich die AG mit der öffentlichen Beschaffung und der Frage, wie hier nachhaltige und innovative Leistungen beschafft werden können. Die Arbeitsgruppe betreibt Interessenvertretung gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Parlament auf dem Gebiet des europäischen Wettbewerbsrechts und der Daseinsvorsorge. Auch der Austausch der Mitglieder zu aktuellen europäischen Rechtsproblemen, insbesondere im Bereich des Beihilferechts und der Beschaffung, ist zentrale Aufgabe der Arbeitsgruppe, um zu gegenseitigem Verständnis und Lösungen zu kommen. Im Bereich des Vergaberechts befasste sich die AG Daseinsvorsorge mit den EU-Vergaberichtlinien aus dem Jahr 2014. Im Rahmen der AG Treffen fanden zahlreiche Fachdiskussionen und Austausch mit Europaparlamentariern, Mitarbeitern der EU-Kommission, und weiteren Stakeholdern (Gewerkschaftsverbänden,

Arbeitgeberverbänden) statt. Da Nantes und München auch beide in der Urbanen Agenda-Partnerschaft zu innovativer und nachhaltiger Beschaffung vertreten sind, wurden hier Kooperations- und Austauschmöglichkeiten vereinbart. Die Arbeitsgruppe befasst sich außerdem schon seit 2016 intensiv mit TiSA und den weiteren derzeit verhandelten Freihandelsabkommen. Aufgrund der angestrebten weitgehenden Liberalisierung verschiedener Dienstleistungen durch das TiSA besteht die Gefahr, dass auch kommunale Daseinsvorsorgeleistungen hiervon betroffen sein werden. Die AG hat die absehbaren Auswirkungen von TiSA intensiv mit Fachleuten diskutiert und erarbeitet nun geeignete Maßnahmen zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge. Beim Treffen der Arbeitsgruppe im November 2017 in Brüssel nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit, sich zu aktuellen, kommunalrelevanten Fragen des Beihilferechts mit Vertretern der EU-Kommission auszutauschen und legten verschiedene Probleme bei der Anwendung des Beihilferechts dar. Die AG setzte sich auch mit Chancen und Risiken einer zunehmenden Digitalisierung von Daseinsvorsorgeleistungen auseinander.

2.2.6.3. Europäische Nachbarschaftspolitik

München engagiert sich für die Einbindung der Städte der Östlichen Partnerschaft der EU, insbesondere der Partnerstadt Kiew, in europäische Projekte und Netzwerke. So wurde mit Münchner Unterstützung die Stadt Kiew in die EUROCITIES Arbeitsgruppe Europäische Nachbarschaftspolitik aufgenommen und richtete im Zuge dessen das erste Arbeitsgruppentreffen aus. 2017 übernahm die Stadt Wien erneut den Arbeitsgruppenvorsitz, der Co-Chair wurde mit Tiflis (Georgien) besetzt. Das zweite Arbeitsgruppentreffen fand zwischen 13. und 15. September, parallel zum alle zwei Jahre stattfindenden LED-Forum (Local Economic Development Forum) statt. Die Städte der ENP-Arbeitsgruppe konnten im Zuge der internationalen Veranstaltung ihre Prioritäten und Maßnahmen im Zusammenhang mit osteuropäischen Städten vorstellen. München nahm in der Präsentation vor allem Bezug zu den Initiativen mit der Partnerstadt Kiew.

Zusammen mit den anderen Mitgliedsstädten aus Osteuropa, bspw. Eriwan (Armenien), Chisinau (Moldawien) oder Charkiw (Ukraine) wurden in dieser Arbeitsgruppe vor allem Themen wie Smart Cities und Potentiale der nachhaltigen Stadtentwicklung bearbeitet. Die Arbeitsgruppe wird finanziell insbesondere durch die Städte Wien, Nürnberg und München unterstützt. 2017 fand gemeinsam mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine Tagung zu Governance und Dezentralisierung in der Ukraine statt.

2.3. EUROCITIES Jahreskonferenz 2017 in Ljubljana

„Circular Cities“ lautete das Motto der EUROCITIES Jahreskonferenz 2017, zu der eine Münchner Delegation, u.a. die Mitglieder der Stadtratskommission Europa mit Bürgermeister Josef Schmid und der Referentin für Gesundheit und Umwelt Stephanie Jacobs, im November nach Ljubljana (Slowenien) gereist ist. Nach dem Vorbild der natürlichen Kreisläufe der Ökosysteme sollen effiziente und nachhaltige Kreislaufwirtschaftssysteme die bisher dominierenden linearen Wirtschaftsmodelle und ihren Ressourcenverbrauch

ablösen. Der derzeitige Verbrauch übersteigt das, was die natürlichen Ressourcensysteme produzieren können, und es wird mehr weggeworfen als wiederverwendet oder recycelt, mit spürbaren Konsequenzen für Umwelt und Klima. Die Städte sind für die Umsetzung der nationalen und EU-Recyclingziele verantwortlich und können eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Verhaltensänderungen spielen, die sich auf das Konsumverhalten beziehen. Als Beschaffer von Gütern und Dienstleistungen können Städte Entscheidungen auf mehr kreisförmige Entscheidungen lenken und lokale Partnerschaften mit Unternehmen aufbauen, die sich auf zirkuläre Produktionsmodelle zubewegen. Die Konferenz beschäftigte sich hierzu eingehend mit den Fragen, wie Städte „circular“ werden können, um eine nachhaltige Entwicklung mit Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch zu gewährleisten.

Als besondere Krönung wurde die Landeshauptstadt München bei der Verleihung der EUROCITIES Awards unter vielen Mitbewerbern mit dem Gebrauchtwarenkaufhaus Halle 2 des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM) als innovativstes Projekt in der Kategorie Kreislauf-Kooperationen gekürt. Das Projekt wurde dazu in einem eigens für die Preisverleihung produzierten Film vorgestellt. Am zweiten Tag stellte Bürgermeister Josef Schmid bei der politischen Debatte zu Kreislauf-Partnerschaften die Halle 2 des AWM als Leuchtturmprojekt dem Publikum aus ganz Europa vor. Er erläuterte, wie die Halle 2 nicht nur ein Second-Hand-Kaufhaus der Landeshauptstadt München ist, sondern auch als eine Informations- und Beteiligungsplattform der Münchnerinnen und Münchner bei der Umsetzung nachhaltiger Lebensstile fungiert. Die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen (NGO), Schulen, Universitäten und sozialen Projekten ist für die Stadt ein wichtiger Schritt, um die Ideen einer modernen Kreislaufwirtschaft in der Bevölkerung zu verankern. Josef Schmid betonte, dass eine effiziente Kreislaufwirtschaft nur mit einer guten Bürgerbeteiligung machbar sei. Dazu nutze München vor allem auch neue Technologien und neue Plattformen, um die Münchner Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Letztendlich soll die Halle 2 mehr sein, als nur ein Verkaufsraum. Sie soll ein Partner für nachhaltige Lebensstile sein und ebenso ein Forum und Lernfeld z.B. für Bildungseinrichtungen. Der Hauptredner auf der Konferenz, der ehemalige EU-Kommissar für Umwelt Janez Potocnik, appellierte an die Städte, nicht auf Aufforderungen seitens der EU oder anderer Akteure zu warten, sondern selbst die Zukunft in die Hand zu nehmen und Vorreiter für eine nachhaltige Entwicklung zu werden. Klimawandel und schrumpfende Ressourcen betreffen alle, ohne nachhaltige Städte gebe es keine nachhaltige Zukunft.

3. Ausblick für 2018

Bis März 2018 konnten sich alle EUROCITIES-Städte am EUROCITIES membership survey, einer Umfrage zur Verbesserung des Netzwerks, beteiligen. Das Ergebnis wurde auf der Kooperationsplattform vom 16.-18. Mai 2018 in Athen (Griechenland) analysiert und diskutiert. Im weiteren Verlauf sollen nun neue Ansätze, vereinfachte Strukturen und mehr Effizienz für das Städtenetzwerk entwickelt werden. Nähere Informationen werden hierzu vom Fachbereich Europa noch zeitnah bekannt gegeben.

Im Rahmen der Urbanen Agenda hat sich das Städtenetzwerk als wichtigster Interessenverband der großen Städte Europas etablieren können. Die daraus resultierenden zwölf Partnerschaften zu strategischen Interessen der Kommunen bieten die historische Chance, die europäische Politik von unten mitzugestalten. Durch die Leitung der Arbeitsgruppe 3 „Beschaffung von Innovationen“ innerhalb der Partnerschaft zu innovativer und nachhaltiger Beschaffung in der Urbanen Agenda sowie über die Mitarbeit im EUROCITIES Netzwerk wird die Landeshauptstadt München in 2018 gezielt versuchen, ihre Interessen in der europäischen Politik dauerhaft zu verankern.

Zum Jahresabschluss findet vom 28.-30. November in Edinburgh (Schottland) die EURO-CITIES Jahreskonferenz 2018 unter dem Motto „Creative, competitive cities“ statt.

Die Vorlage ist mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Sozialreferat, dem Referat für Bildung und Sport, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Kulturreferat sowie dem Direktorium abgestimmt.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Richard Quaas, und die Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen, sowie die übrigen Stadtratsmitglieder der Stadtratskommission Europa haben jeweils einen Abdruck der Bekanntgabe erhalten.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Josef Schmid
2. Bürgermeister

III. Abdruck von I. mit II.

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)
an das Direktorium – Dokumentationsstelle (2x)
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z.K.

IV. Wv. RAW - FB 1

zur weiteren Veranlassung.

Zu IV.

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An das Sozialreferat

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

An das Kulturreferat

An das Kreisverwaltungsreferat

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An das Referat für Bildung und Sport

An den Abfallwirtschaftsbetrieb München

z.K.

Am



our members

AL	Tirana	FYROM	Skopje	TR	Gaziantep, Istanbul, Izmir, Konya,
AM	Yerevan	GE	Tbilisi		Besiktas , Beylikduzu , Beyoglu , Mezitli ,
AT	Vienna*	GR	Athens, Thessaloniki, Acharnes , Amaroussion ,		Nilufer , Osmangazi , Pendik , Serdivan
BA	Banja Luka, Sarajevo		Heraklion	UA	Kharkiv, Kyiv, Lviv, Odessa
BE	Antwerp, Brussels Capital Region, Brussels City, Ghent*, Kortrijk , Ostend	HR	Zagreb, Rijeka	UK	Belfast, Birmingham*, Brighton &
BG	Burgas, Sofia, Varna	HU	Budapest		Hove, Bristol, Cardiff, Edinburgh,
CH	Zurich, Lausanne	IE	Dublin		Glasgow, Leeds, Liverpool, London,
CY	Nicosia, Turkish Cypriot Community of Nicosia	IS	Reykjavik		Manchester, Newcastle/Gateshead,
CZ	Brno, Pilsen, Prague	IT	Bologna, Florence*, Genoa, Milan, Palermo, Rome, Turin, Venice, Verona, Arezzo , Cesena , Pisa , Pesaro		Sheffield, Sunderland, Derry , Lisburn and Castlereagh , Preston , Wolverhampton
DE	Berlin, Bonn, Chemnitz, Cologne, Dortmund, Dresden, Dusseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Karlsruhe, Kiel, Leipzig*, Mannheim, Munich, Munster, Nuremberg, Stuttgart, Bremen , Hagen	LT	Vilnius, Klaipeda		
DK	Aarhus, Copenhagen	LU	Luxembourg		
EE	Tallinn*	LV	Riga		
ES	Barcelona*, Bilbao, Gijon, Madrid, Malaga, Murcia, Seville, Terrassa Metropolitan Area, Valladolid, Zaragoza, Fuenlabrada , San Sebastian	NL	Amsterdam, BrabantStad Metropolitan Area, Eindhoven, Rotterdam*, The Hague, Utrecht, Almere , Groningen , Leeuwarden , Netwerkstad Twente		
FI	Espoo, Helsinki, Oulu, Tampere, Turku, Vantaa, Sipoo	NO	Bergen, Oslo, Stavanger		
FR	Aix-Marseille-Provence Metropole, Angers Loire Metropole, Bordeaux, Grand Nancy, Grenoble Alpes Metropole, Metropole Europeenne de Lille , Lyon, Nantes Metropole*, Nice Cote d'Azur, Paris, Rennes Metropole, St.Etienne Metropole, Strasbourg, Toulouse, Amiens Metropole , Brest Metropole , Oceane , Reims Metropole , St.Nazaire , Tours , ENEDIS , ENGIE , VEOLIA	PL	Bialystok, Bydgoszcz, Gdansk, Katowice, Lodz, Lublin, Poznan, Rzeszow, Warsaw*, Wroclaw		
		PT	Braga, Lisbon, Porto, Guimaraes		
		RO	Cluj-Napoca, Constanta, Timisoara		
		RS	Belgrade, Novi Sad		
		RU	Barrier free city foundation		
		SE	Gothenburg, Malmo, Stockholm*, Uppsala, Karlstad , Linkoping , Nacka , Solna , Umea , Kungsbacka , Kapsch		
		SK	Bratislava		
		SI	Ljubljana*		

*executive committee members, [associated partners](#), [associated business partners](#)

Last updated 29 March 2018

Anlage 2



Mitglieder des EUROCITIES-Exekutivkomitees 2018

Stadt	Politische(r) Vertreter/-in	
Gent	Daniel Termont	EUROCITIES-Präsident
Stockholm	Karin Wanngard	EUROCITIES-Vize-Präsidentin
Barcelona	Ada Colau	
Birmingham	Ian Ward	
Florenz	Dario Nardella	
Leipzig	Burkhard Jung	EUROCITIES-Sekretär
Ljubljana	Zoran Janković	
Nantes	Johanna Rolland	
Tallinn	Taavi Aas	
Rotterdam	Ahmed Aboutaleb	
Warschau	Hanna Gronkiewicz-Waltz	Schatzmeisterin
Wien	Michael Häupl	

Anlage 3



**EUROCITIES-Stellungnahmen 2017,
an denen sich die Stadt München beteiligt hat:**

Nr.	Wann	Titel	beteiligtes Referat
1	April	Actions for the education of refugees and asylum seekers	SOZ
2	September	Cities' external cultural relations: trends and actions	KUL

Anlage 4 Dienststellen der LHM in Foren und Arbeitsgruppen von EUROCITIES 2017

	D	RAW	PLAN	Kultur	RBS	SOZ	RGU	KVR	AWM
Stand 01.1.2017									
Kulturforum (L: Birmingham)									
- Zugang zu Kultur									
- Kultur und Jugendliche									
- Mobilität von Künstlern / -innen (beendet)									
- Ressourcen für Kultur									
- Kreativwirtschaft									
Forum Wirtschaftsentwicklung (L: Wien)									
- Kohäsionspolitik und Strukturfonds**									
- Stadtmarketing									
- Internationale Wirtschaftsbeziehungen									
- Innovation									
- Unternehmertum und KMU									
- Integrierte Stadtentwicklung**									
- Metropolregionen**									
** Arbeitsgruppen sind ab 2017 dem Exekutiv-Komitee zugeordnet									
Umweltforum (L: Amsterdam)									
- Luftqualität / Klimawandel / Energieeffizienz									
- Grünflächen und Biodiversität									
- Lärm									
- Abfallpolitik									
- Nachhaltige städt. Wasserwirtschaft									
Forum Wissensgesellschaft (L: Eindhoven)									
- Open Data									
- e-Integration									
- Smart Cities									
- Cyber Security									
Forum Soziales (L: Barcelona)									
- Beschäftigung									
- Smarte Inklusion									
- Wohnungswesen									
- Aktives und gesundes Altern									
- Bildung									
- Wohnungslosigkeit									
- Migration und Integration									
- Integration von Roma									
Forum Mobilität (L: Sofia)									
- Barrierefreie Stadt									
- Nachhaltige städt. Mobilitätsplanung									
- Transeuropäische Netze - Verkehr									
- Städt. Wirtschaftsverkehr									
- Sicherer und aktiver Verkehr									
- Smarte und vernetzte Mobilität									
Arbeitsgruppen des Exekutiv-Komitees									
- Urbane Agenda									
- Daseinsvorsorge									
- Europäische Nachbarschaftspolitik									

